

## **Hauenstein möchte auch „Coworking Spaces“ im Dorfbüro einrichten**

HAUENSTEIN. Auch Hauenstein hat -wie Dahn- Interesse, mit Unterstützung des Landes Rheinland- Pfalz in einem „Dorfbüro“ sogenannte temporäre Büros einzurichten. Der Ortsgemeinderat fasste in seiner Sitzung am Mittwochabend den Grundsatzbeschluss, sich an dem Wettbewerb um eine entsprechende Förderung zu beteiligen.



Der Tagesordnungspunkt, den der Beigeordnete Andreas Wilde (SPD) vorstellte, war kurzfristig auf die Agenda gesetzt worden. Darum geht es: Ein Dorf-Büro ist nichts anderes als ein Gemeinschaftsbüro, in dem zeitlich flexibel einzelne Arbeitsplätze und Besprechungsräume -sogenannte „Coworking Spaces“- angemietet werden können. Der neudeutsche Begriff (übersetzt: „Räume fürs Zusammenarbeiten“) ist im Zuge der Digitalisierung und neuer Arbeitsformen populär geworden. Die Einrichtung von Dorfbüros kann über die Entwicklungsagentur Rheinland-Pfalz mit bis zu 100.000 Euro gefördert werden.

Solche Gemeinschaftsbüros, wie sie in manchen Städten bereits existieren, seien auch für viele Dörfer eine Chance, die Lebensqualität zu verbessern und die Arbeit zurück ins Dorf zu holen. Sie bieten Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern und Selbstständigen, Start-Ups und auch Urlaubsgästen einen komplett ausgestatteten Arbeitsplatz, der temporär gegen Entgelt genutzt. Sie seien eine Möglichkeit für das in Coronazeiten verbreitete „Home-Office, trennt aber Arbeitsplatz und Wohnung.

Wie Andreas Wilde ausführte, müsse der Antrag auf Förderung bis zum 16. Februar von der Verbandsgemeinde gestellt werden. Als räumliche Ressource stünden Räume im Bürgerhaus zur Verfügung, wo bis zu fünf solcher Arbeitsplätze eingerichtet werden könnten. „Wir sollten einen Fuß in die Tür bekommen und über unseren Grundsatzbeschluss den Antrag der Verbandsgemeinde auf den Weg bringen“ meinte der Beigeordnete.

Im Rat war man sich über den grundsätzlichen Nutzen solcher Einrichtungen einig. Manfred Seibel (Grüne) regte sogar an, auch über eine große Lösung („think big“) und

eine mögliche Neubaulösung im Interkommunalen Gewerbegebiet nachzudenken. Patrick Stöbener und Simone Schenk (beide FWG Schöffel) rieten jedoch, vor einem Grundsatzbeschluss noch offene Fragen zu klären, ein Vorschlag, dem die Ratsmehrheit allerdings nicht folgte.

Sorgen bereitet der Ortsgemeinde die Abwasserproblematik im gemeindeeigenen Anwesen Hauptstraße 4, in dem die Gaststätte „Zickerstubb“ untergebracht ist. Hier bestehe, wie Ortsbürgermeister Michael Zimmermann ausführte, „dringender Handlungsbedarf für eine dauerhafte Lösung“ - sprich: für einen neuen Abwasseranschluss samt Fettabscheider . Die Werke hatten zwei Alternativen vorgeschlagen: Zum einen eine Lösung, die die Abwässer über eine Hebeanlage hin zum Rathausplatz entsorgt (Kostenprognose: 21.500 Euro), und zum anderen eine neue Abwasserleitung mit natürlichem Gefälle über die vorgelagerte Wiese zur Hauptstraße hin (24.000 Euro).

Im Rat war man einer Meinung: Eine Hebeanlage sei störanfällig und verursache Folgekosten, sodass sich der Rat für die finanziell aufwendigere Lösung entschied. Der Rat ermächtigte den Bürgermeister mit den Beigeordneten, die weiteren Schritte in die Wege zu leiten. Der Beigeordnete Stefan Kölsch (Grüne) regte an, für das Gebäude insgesamt ein „große Lösung“ anzustreben, um das unter Denkmalschutz stehende Gebäude „zeitgemäß herzurichten und dauerhaft zu erhalten. Wir müssen hier in den nächsten Jahren investieren“, stellte er fest.

Aufträge für die Rohbauarbeiten am Museum konnte der Rat nicht wie vorgesehen vergeben. Die notwendigen Unterlagen waren noch nicht soweit gediehen, dass Beschlüsse gefasst werden konnten. Wie Ortschef Michael Zimmermann mitteilte, laufe das Projekt „Schuhweg“, das bis zum 15.11. abgerechnet sein muss, „planmäßig“. Der Planer werde in der Sitzung des Hauptausschusses am 29.10. ausführlich berichten. (ran)